

BHI-Beschlüsse

Genehmigt vom BHI-Kongress in Durban Südafrika
am 1. Dezember 2017.



21. Einheit und Solidarität in der Region Gesamteuropa

**Eingereicht von: SGIP, Mazedonien; unterstützt von YOL-IS und TARIM
ORMAN-IS, Türkei**

IN ERWÄGUNG DESSEN, DASS die Rolle der Gewerkschaftsbewegung darin besteht, Solidarität aufzubauen. Diese Tatsache ist in der Region Gesamteuropa von besonderer Bedeutung, denn die Kluft zwischen Ost und West ist hier sehr groß; zugleich wird die Kluft zwischen Reich und Arm immer ausgeprägter. In den letzten zwei Jahrzehnten hat Europa enorme Veränderungen unternommen. Es wurden Reformen durchgeführt und diese haben in vielen Fällen die Arbeitnehmerschaft an den Rand gedrängt.

IN ERWÄGUNG DESSEN, DASS in vielen Ländern der Region Gesamteuropa die Arbeitnehmer die Opfer der Wirtschaftskrise und der neoliberalen Politik der Regierungen sind und mit prekären Formen der Beschäftigung, Lohndumping, geringeren Mindestlöhnen und Rentenkürzungen, steigendem Rentenalter, reduzierten Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen, Massenentlassungen, Bedrohungen der Tarifautonomie, steigender Ungleichheit und Armut, Angriffen auf die Arbeitnehmerrechte und sogar auf die Demokratie konfrontiert sind.

IN ERWÄGUNG DESSEN, DASS die Schwächung der Rolle des Staates und seiner Institutionen durch neoliberale Politik und die Stärkung der Rolle von multinationalen Firmen in den BHI-Branchen, die auf eine Deregulierung des Arbeitsmarktes drängen, um ihre Produktionsstätten verlagern und natürliche Ressourcen nutzen zu können, über Strategien des Sozial- und Lohndumpings, oftmals Bedenken bezüglich der Umwelt mit sich bringen.

IN ERWÄGUNG DESSEN, DASS es unerlässlich ist, dass die Gewerkschaften sich für bessere Arbeitsbedingungen und Sozialnormen einsetzen, ebenso wie für die Schaffung einer Wirtschaft, in der Arbeitsplätze entstehen und in der die Arbeitnehmer von guter, menschenwürdiger Arbeit profitieren würden. Hierbei sollte der soziale Dialog eine Schlüsselrolle spielen. Doch der soziale Dialog ist in einer Reihe von Ländern, insbesondere im Osten, beim Kampf für die Rechte der Arbeitnehmer und Leistungen für die Beschäftigten nicht wirksam; der einzige Weg, wie die Gewerkschaften als Partner auf Augenhöhe behandelt werden, wäre Zugang zu den Baustellen, wo sie ungehindert Arbeitnehmer organisieren könnten.

INSORGE über die gewerkschaftsfeindlichen Handlungen von Arbeitgebern, insbesondere von multinationalen Unternehmen, aber auch von Regierungen, zum Beispiel durch Entlassungen wegen Mitgliedschaft und aktiver Beteiligung in einer Gewerkschaft und Druck auf die Aufhebung von Tarifabkommen, was dazu führt, dass die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder in der Region Gesamteuropa drastisch abnimmt.



IN SORGE über den rechtsgerichteten Populismus, der fast überall zunimmt, über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, gewerkschaftsfeindliche Einstellungen und Diskriminierung von Gewerkschaften. Außerdem in Sorge über den anhaltenden Trend zur Änderung der Arbeitsgesetze und der Systeme der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in den Ländern dieser Region, die oft als Teil von Sparmaßnahmen durchgedrückt werden, um Haushaltsdefizite zu reduzieren, und die insbesondere die Systeme der nationalen und branchenspezifischen Tarifverhandlungen unterminieren, zum Nachteil der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Dadurch wurden die Gewerkschaftsrechte in der gesamten Region ausgehöhlt und der soziale Dialog wurde gleichzeitig mechanisch bzw. angespannt.

ANGESICHTS DER TATSACHE, DASS die Achtung der Gewerkschaftsrechte eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft und auf der ganzen Welt ist. Nur wenn die Arbeitnehmer sich ungehindert organisieren und kollektiv verhandeln können, ist es ihnen möglich, einen fairen Anteil an dem Wohlstand zu fordern, den sie erschaffen, und einen Beitrag zu Gerechtigkeit, Konsens und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu leisten, ebenso wie zu nachhaltiger Entwicklung.

IN BEKRÄFTIGUNG DESSEN DASS es weiterhin extrem wichtig ist, das europäische Sozialmodell zu fördern, um die Standards auf dem europäischen Kontinent und die weitere Integration Europas zu abzugleichen.

IN BEKRÄFTIGUNG DESSEN, DASS es notwendig ist, in der Region Gesamteuropa eine starke und einheitliche Verbindung zwischen den Gewerkschaften zu haben, und zwar über die Zusammenarbeit von BHI und EFBH.

IN ANERKENNUNG DER Arbeit der BHI bei der Schaffung einer Plattform für alle Gewerkschaften in der Region Gesamteuropa, Ost und West, Nord und Süd, wo gemeinsame Themen diskutiert und Solidarität aufgebaut werden können, besonders für die kleinen und schwächeren Gewerkschaften, die mehr Unterstützung brauchen; ebenso Anerkennung der Unterstützung der BHI bei Schulungen zum Aufbau von Kapazitäten, der Vernetzung von Gewerkschaften und Schaffung von Solidarität zwischen den Mitgliedsverbänden, beim Aufbau von regionalen Kampagnennetzwerken, der gewerkschaftlichen Aktivierung und Mitgliederwerbung unter den Beschäftigten von multinationalen Unternehmen und bei Infrastrukturprojekten im Bereich Bau und Straßenbau sowie der Holzwirtschaft.

AUS DIESEN GRÜNDEN hat der Kongress die folgende EntschlieÙung angenommen:

1. Die Schlussfolgerungen des Workshops für Gewerkschaften in Mittel- und Südosteuropa „Veränderungen, Herausforderungen und der neue Weg in die Zukunft“ (Wien, 2. Juli 2015) sind in den BHI-Strategieplan aufgenommen worden und müssen jetzt in den nächsten vier Jahren als Priorität behandelt und umgesetzt werden;



2. Die BWI muss auch weiterhin den Kampf der Gewerkschaften in Mittel-, Südost- und Osteuropa unterstützen, dort wo Gewerkschaften angegriffen werden, wo die ILO-Kernarbeitsnormen nicht anerkannt und Gewerkschaften schwach sind; und
3. Die Gewerkschaften im Osten müssen in den globalen und europäischen Gremien der BHI vertreten sein und ihre Anliegen vorbringen können.

UNTERSCHRIFT:

Pavel Trendafilov, SGIP, Mazedonien

UNTERSCHRIFT:



BWI • BHI • BTI • IBB • ICM
www.bwint.org